

Skandal um Kryptowährungsbörse in Polen: Tusk greift PiS an

Warschau. Polen wird von einem Betrugsskandal um die inzwischen geschlossene polnische Kryptowährungsbörse »Zondacrypto« erschüttert. Auf der Plattform seien »schmutzige und düstere Geschäfte« getätigt worden, in die »führende Köpfe« der ehemals regierenden PiS-Partei verwickelt seien, erklärte Ministerpräsident Donald Tusk am Freitag. Zondacrypto hatte im April abrupt den Betrieb eingestellt und seine Website abgeschaltet. Tausende Gläubiger wurden dabei um ihr Geld gebracht, der Schaden soll sich auf 350 Millionen Zloty (umgerechnet 83 Millionen Euro) belaufen. Während der Gründer Plattform, Sylwester Suszek, im Jahr 2022 spurlos verschwand, setzte sich sein Nachfolger Przemyslaw Kral Berichten zufolge nach Israel oder in einen Golfstaat ab. Nach Angaben seines Anwalts ist Kral inzwischen bereit, als Kronzeuge auszupacken – im Gegenzug für eine milde Strafe.

Als erste prominente polnische Persönlichkeit wurde am Donnerstag der Präsident des Polnischen Olympischen Komitees, Radoslaw Piesiewicz, festgenommen. Der PiS-nahe Funktionär hatte seine kompletten Krypto-Einlagen zurückerhalten, als die Plattform bereits in Schieflage geraten war – anders als viele andere Anleger. Piesiewicz hatte zudem im Namen des Olympischen Komitees einen Sponsorenvertrag mit Zondacrypto unterzeichnet, dem zufolge polnische Athleten bei den Winterspielen in Mailand Prämien für gute Leistungen in Form von Krypto-Währungen bekommen sollten. Die Zahlungen flossen aber nur unregelmäßig. Viele Sportverbände fordern Piesiewicz Rücktritt. Unter Verdacht stehen auch frühere ranghohe Politiker der rechtskonservativen PiS-Partei, die Polen von 2015 bis 2023 regiert hatte. Während der ehemalige Justizminister Zbigniew Ziobro nach der Regierungsübernahme Tusks in die USA geflohen ist, soll sich sein Stellvertreter Marcin Romanowski inzwischen in Transnistrien aufhalten. Die Staatsanwaltschaft untersucht zudem Verbindungen von Zondacrypto zum nationalistischen Fernsehsender *Republika* sowie zu den Organisatoren der CPAC-Konferenz. Das von konservativer US-Politikern und Aktivisten ins Leben gerufene Treffen hatte im Mai 2025 in Polen stattgefunden. Tusks nationalliberale Regierung plant seit längerem schärfere Regeln für Krypto-Geschäfte. Ein entsprechendes Gesetz wurde aber von Präsident Karol Nawrocki blockiert, der bei der Wahl 2025 von der PiS unterstützt wurde. Tusk kündigte nun einen neuen Anlauf an. (AFP/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/529330.betrugsbusiness-skandal-um-kryptowährungsbörse-in-polen-tusk-greift-pis-an.html>